

Mitteilungsblatt 06.08.2021

Steuerzahlertag 2021 – Steuerlast steigt trotz oder wegen Corona



Im Jahr 2021 arbeiten die Bürger bis zum 13.07.2021, 6.20 Uhr, ausschließlich für Steuer und Abgaben, wie der Bund der Steuerzahler berechnet hat. Dies bedeutet, dass von einem 2021 verdienten Euro rechnerisch nur 47,1 Cent zur freien Verfügung stehen. Nur in Belgien ist die Belastung für Arbeitnehmer noch höher. Damit war der Steuerzahlertag 2021 vier Tage später als im Jahr 2020.

Dies liegt vor allem an der wieder erhöhten Mehrwertsteuer sowie der neu eingeführten CO₂-Abgabe, die sich aufgrund gestiegener Heizkosten nicht nur an der Tankstelle, sondern auch beim Wohnen auswirkt. Dazu kommen gestiegene Zusatzbeiträge der Krankenkassen und eine aktuell auf Rekordniveau befindliche Inflation.

Bundestagskandidat Tim Nusser (im Bild 2.v.r.), der die Informationsstände der FDP Hirschberg zum Steuerzahlertag besuchte, ist sich mit unserem Bundesvorsitzenden Christian Lindner einig: „Anders als SPD und Grüne sehen wir die Lösung nicht in dem Gift höherer Steuern. Wir wollen, um die in Coronazeiten so wichtige wirtschaftliche Erholung zu befeuern, die Bürgerinnen und Bürger entlasten.“

Wir wollen Sondersteuern wie den Soli abschaffen. Denn dieser betrifft nicht nur Spitzenverdiener, sondern auch die Facharbeiterin, den Soloselbständigen und die mittelständischen Handwerker und Handwerkerinnen. Bei einer Abgabenquote von unter 40% wurde das deutsche Wirtschaftswunder ausgelöst. Deshalb ist es nötig, dass die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen schnell gesenkt wird, damit Privatleute und Betriebe für ihr Alter und ihre Zukunft investieren können.

Mit der FDP-Forderung nach einem "Tarif auf Rädern" soll verhindert werden, dass Arbeitnehmer bei einer Lohnerhöhung in eine höhere Steuerschuld hineinwachsen, bei der sie im Zweifel weniger netto herausbekommen als vor der Lohnanhebung. Die FDP setzt sich für einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer ein: den Chancetarif. Vielen Facharbeitern ist nicht klar, dass Steuerpflichtige die das 1,4-fache des durchschnittlichen Bruttogehalts aller Arbeitnehmer in Deutschland verdienen, momentan schon den Spitzensteuersatz zahlen. Dazu wollen wir diesen, schrittweise verschieben – mit dem Ziel, dass er erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greift. Wir lehnen auch eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab und fordern, das Kosten-Nutzen-Verhältnis ihrer Erhebung zu überprüfen.

Das Argument, der Staat müsse, z.B. durch Einführung einer Vermögenssteuer, die Steuern erhöhen, um über genügend Einnahmen zu verfügen, verfängt nicht. Meist fehlt es nicht am Geld. Es wird nur falsch eingesetzt und versickert in einem Dreieck aus Bürokratismus, Subventionen und Umverteilung. Deutschland braucht dringend mehr Innovationen. Erst Entlastungen schaffen das Klima für neue Entwicklungen, nicht eine immer höhere Steuerquote. Denn nie ist es der Staat, der mit seinem Geld

die spannendsten neuen Technologien und Geschäftsmodelle hervorbringt. Wer 50 Prozent vom Gehalt für Steuern und Pflichtabgaben einbehalten will, dem schwebt das gefährliche Ideal vom gelenkten Bürger vor.

Weitere Informationen zum Bundestagswahlprogramm der FDP finden Sie unter www.fdp-hirschberg.de